

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Leipzig & Reichardt in Dresden.

Lobeck & Co. | **Dreiring-Cacao.**
Hollieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen. | Einzelverkauf: Dresden Altmarkt 2.

Telegraphen-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: Nr. 11 und 2096.

Anzeigen-Tarif
Einmalige Anzeigen 20 Pf.
Wiederholende Anzeigen 15 Pf.
Langfristige Anzeigen 10 Pf.
... (detailed rates for advertising)

Reisewitzer Löwenbier
(dunkel)
ist ein gehaltreicher Labetrunk!

Schläuche
Klappen
Platten
Ringe
Schnüre
Walzen
Puffer
Riemen aus

Gummi
Guttapercha
Asbest

fertigt in
garantirt
haltbaren
Qualitäten
E. Böhme
Dresden
Ferdinandstr. 13.

Madenwürmer,
Springwürmer, auch Askariden genannt, werden auch in hartnäckigen Fällen
besiegt durch das spezifisch wirksame **Madenwurmmittel**
„Antiverm“. Mit unserer Anweisung Mark 1.20, bei Einlieferung
von Mark 1.40 franko. Depot und Versand:
Löwen-Apotheke, Dresden, Altmarkt.

Tuchwaren. Grossartige Auswahl hoch aparter Neuheiten in deutschen u. engl. Qualitäten, streng solide Ware, ausserordentlich billige Preise. **C. H. Hesse Nchf., Marienstr. 20, 3 Raben.**

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: kühl, veränderlich.
Die Zweite Kammer beschloß, die Beschwerde eines
Dissidenten gegen seine Nichtzulassung zum Lehrerprobefahr
auf sich beruhen zu lassen, und überwies den Antrag Joseph, die
aus den Arbeitervereinigungen stammenden Beiträge zu den Ge-
meindesteuern nur zu 1/2 zu veranschlagen, der Gesetzgebungs-
deputation.
Der Reichstag beschäftigte sich gestern des weiteren
u. a. mit einem Antrag, die Anstellung von Baukontrolleuren
aus dem Arbeiterstande betreffend.
Die Strafrechtsnovelle wird dem Bundesrat in
dieser Woche zugehen.
Im preussischen Staatshaushalt für 1909 sind
die Ausgaben um 156 Millionen Mark höher veranschlagt als
die Einnahmen.
Das Prager Stadtverordnetenkollegium beschloß die Grün-
dung einer tschechischen Mittelschule in Wien.
Die ganze Nordwestküste des Staates Washington ist von
den Erderstüttungen betroffen worden.

Die Legende von der Militär-Kamarilla.

Das Reichs-Jahres-Intermezzo, das soviel Staub in der
in- und ausländischen Presse aufgewirbelt hat, kann heute
als erledigt gelten: von authentischer Seite ist erklärt wor-
den, daß der Kaiser sich im Gespräch mit seinen komman-
dierenden Generalen lediglich auf die Erörterung rein
militärischer Fragen beschränkt, den Revue-Artikel
des Grafen Schlieffen nur in diesem Zusammenhang
herangezogen, sich im übrigen aber mit dessen politischen
Ausführungen keineswegs identifiziert habe. Auch das Ge-
spräch, der Kaiser hätte auf das „Daily-Telegraph“-Inter-
view und die daran sich anschließende Novemberkrisis ange-
spielt, ist von der „Nordd. Allg. Ztg.“ kategorisch dementiert
worden. Damit entfallen alle kritischen Kommentare, die sich
an die ersten alarmierenden Meldungen Berliner Blätter
knüpften, in nichts zusammen. Der Kaiser hat völlig korrekt
gehandelt, und es ist absolut kein Grund vorhanden, von
einer neuen „Unfähigkeit der innerpolitischen Lage“ zu
sprechen, wie es besonders die Blätter des Zentrums und
der Sozialdemokratie tun. Was ist geschehen? Nichts
weniger, aber auch nicht mehr als eine unehrerliche In-
diskretion, die um so peinlicher berührt, als an dem Reichs-
jahresempfang der kommandierenden Generale außer diesen
selbst nur die kaiserlichen Prinzenjöhne, Prinz Heinrich und
die Generaladjutanten teilgenommen haben. Von Kataien-
schwanz kann diesmal also nicht die Rede sein, und
um so mehr ist es zu verurteilen, daß die strenge Diskretion
von einer geschwägigen Zunge durchbrochen worden ist.
Man kann es nur billigen, daß sofort eine förmliche Unter-
suchung eingeleitet worden ist, um den Schuldigen festzu-
stellen. Hier muß in der Tat ein warnendes Beispiel
dientiert werden, denn wohin sollen wir kommen, wenn
der Kaiser nicht einmal im Kreise seiner höchsten Generale
vor Indiskretionen sicher ist!

Oder war es keine Indiskretion schlechtin, sondern
planmäßige Absicht, wie hier und da vermutet wird? Dann
läge der Fall allerdings erheitert, denn dann wäre die in
manchen Kreisen aufgetauchte Befürchtung vor den Treibe-
reien einer Militärpartei nicht ganz von der Hand zu
weisen. Gehen wir deshalb diesen Gerüchten etwas näher
auf den Grund! Es ist ja schon lange kein Geheimnis mehr,
daß unter den hohen Militärs eine Gruppe besteht, die mit
dem Gange unserer auswärtigen Politik nicht zufrieden ist,
weil wir uns seit Bismarcks Tode innerhalb des inter-
nationalen Verkehrs dezant auf dem absteigenden Aste be-
finden, daß es selbst für die tüchtigste Armee auf die Dauer
nicht mehr möglich scheint, den Schaden im Ernstfalle zu
reparieren. So stand es längst in einer Zuschrift an den
„Reichsboten“ — einem gewiß nicht auf Sensation angeleg-
ten Blatte — geschrieben, die angeblich aus hohen militä-
rischen Kreisen stammte und mit Recht einiges Aufsehen
erregte. Es wurde damit nur schärfer ausgedrückt,
was Graf Schlieffen in seinem Revue-Artikel
partier andeutete, indem er sagte, daß die Po-
litik, in die sich die deutsche Diplomatie hätte
drängen lassen, die Versuchung nahelegte, sich alles
gefallen zu lassen und kampflös einen Vorteil nach dem
anderen aus der Hand zu geben. Dierach könnte es so
scheinen, als ob ein Vorstoß nach der Richtung beabsich-
tigt war, die deutsche auswärtige Politik zu größerer
Aktionskraft und Energie anzuspornen. Aber steht mit

diesem Streben die sogenannte Militärpartei etwa ver-
einigt in deutschen Landen da; ist es nicht allgemeiner
Wunsch der deutschen Nation, daß unsere auswärtige
Politik sich endlich wieder kraftvoller als bisher betätigen
möge? Auch wird man es inaktiven Generalen nicht
verwehren können, ihre Ansichten genau so, wie jeder
andere Staatsbürger, zu Papier zu bringen; wenn Männer
von dem Gewicht wie der frühere Chef des Großen
Generalstabes zur Feder greifen, um das deutsche Volk so-
weit als möglich über den Ernst unserer politischen und
militärischen Lage aufzuklären, so wird man ihnen dafür
nur dankbar sein können. In anderen Ländern geschieht
das auch.

Trotzdem ist es andererseits gut, daß die Meldungen,
der Kaiser habe sich mit dem Schlieffenschen Artikel voll
und ganz identifiziert, desavouiert worden sind. Der
„Reichsbote“ hatte ja unrecht nicht, wenn er die Ausfüh-
rungen des früheren Generalstabes als „die denkbar
schärfste Kritik von militärischer Seite an den völlig nega-
tiven Ergebnissen unserer auswärtigen Staatskunst“ be-
zeichnete. Da aber gerade Kaiser Wilhelm II. der Hauptträger
dieser Staatskunst gewesen ist, wäre es doch sehr auffällig
gewesen, wenn er plötzlich die Schlieffenschen Ausführun-
gen unterschrieben hätte. Da hätte man auf die Ver-
mutung kommen müssen, daß ein völliger Umsturz be-
absichtigt sei. Im Auslande hat man das auch sofort her-
auswintern wollen, aber davon kann im Ernst keine Rede
sein; vielleicht, daß unsere Politik — wie dringend zu
hoffen — allmählich konsequenter und zielbewußter wird,
aber unsere Friedensliebe bleibt nach wie vor dieselbe.
Das mögen sich die Geklagten lassen, die uns mal wieder
läsberaffelnde Tendenzen andichten wollen, indem sie auf
den Schlieffenschen Artikel und seine Verlesung durch den
Kaiser hinweisen. Viel man den „Revue“-Artikel genauer,
so wird man erschwerer zugeben müssen, daß selbst der
General, trotzdem er ein düsteres Bild unserer Lage zeich-
net, sich weit entfernt von irgendwelchen chauvinistisch-
heberischen Nebenabsichten hält, vielmehr — als Gegen-
gewicht zu seiner politischen Skizze — mit Nachdruck auf
das Friedensbedürfnis der europäischen Länder hinweist,
das ihm als eine Würdigkeit für den weiteren ruhigen
Verlauf der Dinge erscheint.

Das Verhältnis zwischen Feder und Schwert wie in
kritischen Zeiten niemals ganz harmonisch gewesen, wie die
Geschichte lehrt. Selbst zwischen Bismarck und Moltke
sind Differenzen entstanden, wenn es die hochspannende
Frage eines als unvermeidlich erkannten Krieges galt.
Man erinnere sich beispielsweise an das Jahr 1867, als
die Luxemburger Angelegenheit spielte. Damals befür-
wortete Moltke aus militärischen Gründen sofortigen Krieg
mit Frankreich, während Bismarck seine gegenteilige An-
sicht durchsetzte. Kein ruhig urteilender Mensch wird es
deshalb den verantwortlichen Militärs verdenken, wenn
ihnen angeht, während Bismarck seine gegenteilige An-
sicht durchsetzte. Kein ruhig urteilender Mensch wird es
deshalb den verantwortlichen Militärs verdenken, wenn
ihnen angeht, während Bismarck seine gegenteilige An-
sicht durchsetzte. Kein ruhig urteilender Mensch wird es
deshalb den verantwortlichen Militärs verdenken, wenn
ihnen angeht, während Bismarck seine gegenteilige An-
sicht durchsetzte.

Daß hierüber jetzt volle Klarheit geschaffen worden
ist, ist freudig zu begrüßen, denn sonst hätte sich im Volke
leicht der Glaube einknist können, daß es eine Militär-
kamarilla gäbe, die gegen den Kaiser und Bismarck arbeite.
Die sozialdemokratische Presse, die überall die frivole Mein-
ung auszusprengen sucht, als ob es in Deutschland hohe
Kreise gäbe, die systematisch auf einen Krieg hinarbeiteten,

hat bereits die „Kriegsführende Armee“ im Kampf mit dem
Reichskanzler und ein Blatt schrieb: „Die Armee, ver-
treten von hohen militärischen Persönlichkeiten“, gegen
den Reichskanzler — das ist der kurze Inhalt dieses außer-
gewöhnlich scharfen und heftigen Angriffs. Die Militär-
partei am Hofe, die immer bekräftigt war, ihren Einfluß in
der Politik zu wehren, hält offenbar jetzt den Zeitpunkt für
einen entscheidenden Vorstoß für gekommen. Herr Bülow
aber wird der Reichstag in kürzester Frist Gelegenheit
geben, seine Ansichten über dieses Treiben der Militär-
kamarilla zum Vorschein zu bringen.“ Der Reichstag in seiner
überwiegenden Mehrheit wird einen solchen Angriff sicher
nicht mitmachen und andererseits der Kanzler keine der-
artige Interpellation beantworten, nachdem sich heraus-
gestellt hat, daß der Schlieffensche Artikel nur der Aus-
fluß einer privaten Uebereinkunft war und seine politi-
schen Ausführungen vom Kaiser nicht gedeckt worden sind.
Eine Militärkamarilla existiert nicht, und wenn sie exi-
stierte, würden Kaiser und Kanzler trotzdem niemals in
einen Präventivkrieg willigen, gegen den sich schon der
große Bismarck mit aller Entschiedenheit ausgesprochen
hat. Wir wollen den Frieden, allerdings den Frieden in
Ehren. Wenn doch alle Nationen so dächten! ...

Neueste Drahtmeldungen vom 12. Januar.

Deutscher Reichstag.
Berlin. (Priv.-Tel.) Während der Verlesung des
Reichstages am 12. Januar hat sich das Haus von den Prägen er-
hoben. Der Präsident konstatiert, daß das Haus damit
seiner einmütigen Zustimmung über das entsprechende
Antrag gegeben hat, das ein uns zu uns befreundetes
Land betroffen hat. — Auf der Tagesordnung stehen Peti-
tionen. Eine Petition der Vereinigung selbständiger
in Preußen vereidigter Landmesser zu Berlin
und des Deutschen Geometer-Vereins, um Aenderung der
Gewerbeordnung in der Richtung, daß die wissenschaftlich
vorgebildeten Geometer und Landmesser gegen unqualifizier-
ten Wettbewerb, besonders von Seiten der Vermessungsschiffen,
geschützt werden, wird dem Reichskanzler zur Berücksich-
tigung überwiesen. — Eine Petition des Verbandes der
Vergarbeiter Deutschlands in Bochum und Genossen bitter
um Zulassung der Berufung gegen das Urteil
eines Bergewerbegerichtes. Eine Klage
auf den Wert des Gegenstandes soll der Anrufung des
Bergewerbegerichtes als Einigungsamt Folge gegeben
werden, wenn die Anrufung entweder seitens der Mehrheit
der beteiligten Arbeitgeber oder Arbeiter erfolge. Ferner
fordert die Petition die Befreiung der Bergewerbegerichte
mit 5 Mitgliedern und die Zulassung von Arbeiterrefre-
tären usw. als Prozeßbevollmächtigte. Die Kommission
beantragt, die Petitionen hinsichtlich der Berufungsfrage
als Material, im übrigen zur Berücksichtigung zu über-
weisen. — Abg. Trimborn (Zentr.) hält es noch nicht
für empfehlenswert, Arbeiterrefreäre zu berufsmäßigen
Prozeßbevollmächtigten heranzubilden, und beantragt, die-
sen Punkt nur als Material, im übrigen die Petitionen
zur Berücksichtigung zu überweisen. — Abg. Behrens
(Nichtz. Vereinig.) tritt für die Forderung der Petenten
ein. Die Bergarbeiter sei mit Mißtrauen gegen die
Handhabung der Bestimmungen des Bergewerbegerichts-
gesetzes erfüllt. Die Erhöhung der Mitgliederzahl der Be-
regewerbegerichte sei durchaus notwendig, die Anrufung des
Bergewerbegerichtes als Einigungsamt sei vorteilhaft und
sollte deshalb erleichtert werden. — Abg. Sacke (Soz.)
wendet sich gegen Trimborn, der den Arbeiterfeinden in
die Hände arbeite. — Abg. Trimborn (Zentr.): Gegen
die bisherige Praxis zu ungunsten der Arbeiter habe auch
er scharfen Protest erhoben. Es sei unerheblich, wenn der
Vertreter der Unternehmer erst bis zum Vorgericht
erhöbe, während man dem Arbeiterrefreär schon beim
zweiten Male die Tür weise. Das müsse endlich ein Ende
nehmen. Trotzdem sei er nicht für prinzipielle Zulassung
der Arbeiterrefreäre, weil das ein Unrecht gegenüber den
Unternehmern und auch den Rechtsanwältinnen wäre. — Der
Antrag Trimborn wird angenommen. — Eine
Eingabe der Ortskrankenkasse Berlin auf Ausdehnung
der Unfallversicherung auf Gastwirt-
betriebe wird als Material überwießen, unter Ab-
rechnung eines Antrages auf Berücksichtigung. — Die Bau-
arbeiterkommission München beantragt, unter Bezug-
nahme auf die guten Erfahrungen in Bayern, die An-
stellung von Baukontrolleuren aus dem Ar-
beiterstande. Die Petitionskommmission beantragt Ueber-
weisung zur Berücksichtigung. Ein konservativer Antrag
wird dagegen Ueberweisung zur Tagesordnung. — Abg.
Liedebere (Zentr.) spricht für Berücksichtigung der
Petition. Die Beteiligung der Arbeiter an der Kontrolle
werde die ersprechend große Unfallkosten vermindern. Bei
Anstellung der Arbeiterkontrolleure durch die Regierung
entfalle jedes Bedenken. — Abg. Pauli-Potsdam (kons.):
Werden die Kontrolleure angeheilt und nicht gewählt, dann
werde es heißen, daß sie das Vertrauen der Arbeiter nicht
haben. Ein Bedürfnis nach Arbeiterkontrolleuren besteht
nicht. Die Kontrolle durch die Berufsgenossenschaften ist
genügsam und sorgsam und die Güte der Unfallverfiche-